



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/6 - 7. Januar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Begrüßenswerte Initiative</u> Raumordnung für Wohn- und Gewerbebaugrund notwendig	20
1	<u>Deutscher Mieterbund gegen Lücke-Unterstellungen</u> Kommunisten? - Mieterbund sagt: "Übelste Verleumdung"	21
2	<u>Zwischenstadium</u> Zu den Beziehungen Moskau-Washington	40
3 - 4	<u>Afrika vor einer Ernährungskrise?</u> Alarmierende Untersuchungsergebnisse der FAO Von Bruno Kuster, Genf	49
4 - 5	<u>Stauffenberg-Kreis im Osten</u> Eine Widerstandsgruppe gegen das Ulbricht-Regime	46
6	<u>Grenzstein - kein Stein wie jeder andere</u> Seine Bedeutung "hüten" und "drüber"	56

7. Januar 1961

Begrüssenswerte Initiative

Raumordnung für Wohn- und Gewerbebaugrund notwendig

sp - Eine begrüssenswerte Initiative hat der Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen ergriffen, indem er die Bundesregierung aufforderte, für eine wirksame Raumordnung zur Erschliessung neuer Wohn- und Gewerbeviertel im ganzen Bundesgebiet Sorge zu tragen. Länder und Bund - so heisst es in der Aufforderung - seien bisher zu keiner Vereinarung gekommen; in anderen Staaten gäbe es eine vernünftige Raumordnung. - Jeder Bürgermeister und jeder private Bauwillige weiss, wie schwer es bereits seit längerer Zeit ist, Baugrund zu einigermaßen annehmbaren Preisen zu beschaffen. Aber oft stehen der zügigen Durchführung eines Bauvorhabens nicht nur hohe Preise entgegen, sondern auch das Fehlen einer koordinierten Baugrunderschliessung auf lange Sicht. Besonders bei Städten und Gemeinden, deren Gemarkungen nicht weit voneinander entfernt liegen und die in den letzten Jahren "zusammengewachsen" sind, spielt das Problem der Raumordnung eine grosse Rolle. Zunächst handelt es sich bei dem Vorstoss des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen um ein Zukunftsprojekt. Man sollte die Forderung jedoch trotzdem mit der entsprechenden Aufmerksamkeit registrieren, wenn auch an ihre Verwirklichung sicher erst in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages gedacht werden kann.

+ + +

Deutscher Mieterbund gegen Lücke-Unterstellungen

Kommunisten? - Mieterbund sagt: "Übelste Verleumdung"

sp - Wenn manche Leute im Bonner Regierungslager von irgendjemandem kritisiert werden, oder mit ihrem Latein am Ende sind, fällt ihnen nichts besseres ein, als die Kritiker "Kommunisten" zu nennen. So tat es auch Herr Wohnungsbauminister Lücke, der die Kritiken des Deutschen Mieterbundes am sogenannten Lücke-Plan schlicht als Ergebnis "kommunistischer Umverwanderung" dieser grossen Organisation absteigeln wollte. Die Herren des Mieterbundes waren so klug, Herr Lücke zunächst einmal zu fragen, ob die über seine Behauptungen in der deutschen Presse erschienenen Meldungen nicht entstellt worden seien. Bis zum heutigen Tage hat Wohnungsbauminister Lücke nicht geantwortet, woraus zu schliessen sein dürfte, dass er die vom Mieterbund erwähnten Meldungen von der Wiedergabe einer Rede für korrekt hält. - Um ein für allemal der Methode des Rufmörders gegenüber dem Mieterbund den Boden zu entziehen hat jetzt dessen Vorstand dem Minister bescheinigt: "Nach dem Grundsatz 'der Zweck heiligt die Mittel' ist dem Minister anscheinend jedes Mittel recht, um durch übelste Verleumdungen seine Kritiker mundtot zu machen". Und weiter: "Kein Vorstandsmitglied des Deutschen Mieterbundes gehört der KP an, oder habe ihr jemals angehört"... "Die Stellungnahme des Mieterbundes zum Lücke-Plan entspringt nicht politischen, sondern nur sachlichen Motiven".

+ + +

Zwischenstadium

sp- Es ist eine Binsenwahrheit: Ohne ein Mindestmass von Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die wichtigsten Fragen der Weltpolitik kann es keine ins Gewicht fallende Beruhigung geben. So manche Regierung lebt von der Spannung zwischen Washington und Moskau und trägt das Ihre dazu bei, zu dem ohnehin vorhandenen Konfliktstoffen neue hinzuzufügen, wie etwa der Kubaner Fidel Castro, der wohl glaubt, er könne die Vereinigten Staaten zu Unbesonnenheiten reizen, und damit entsprechende sowjetrussische Reaktionen auslösen. Aber immer noch haben beide Weltmächte es in der Hand, eine Entwicklung in der Weltpolitik zu vermeiden, die sie ihrer Kontrolle entgleiten lässt. In einer Welt, in der das Chaos herrscht, oder in der es viele Staaten gäbe, die über nukleare Waffen verfügen, würde sich bald die Ohnmacht sowohl der Sowjetunion als auch der Vereinigten Staaten erweisen.

Es gibt Anzeichen dafür, dass Washington und Moskau es nicht so weit kommen lassen wollen. Dazu gehört das betont freundliche, den Rahmen des Konventionellen überschreitende Neujahrstelegramm des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow an den Nachfolger Eisenhower, Kennedy. Und dazu zählen auch die Berührungen der Vereinigten Staaten, das Klima für vorbereitende Gespräche mit ihrem Gegenspieler zu verbessern. Vierzehn Tage vor der Amtsübergabe an Kennedy hat die Regierung Eisenhower der Sowjetunion vorgeschlagen, die Reisebeschränkungen, denen die Diplomaten beider Staaten obliegen, gegenseitig aufzuheben. Es hätte schon etwas Gutes, würde dieser Vorschlag angenommen werden. Sowohl russische als auch amerikanische Diplomaten, die ungehindert oder fast ungehindert, den bisher 40 km Bannkreis überschreiten könnten würden dann mehr über die Verhältnisse des Landes erfahren, in dem sie zu wirken haben. Vorurteile, Misstrauen und Furcht hätten dann nicht mehr die Bedeutung, die sie heute haben.

In den gleichen Rahmen gehört die Ankündigung, Kennedy werde unmittelbar nach seiner Amtsübernahme einen Sonderbotschafter -der Name Harriman wird hier genannt- nach Moskau entsenden, der das Terrain für zukünftige Gespräche mit Chruschtschow sondieren soll. Auch das ist ein guter Gedanke. Die Welt hat im vergangenen Jahr viel zu viel Propagandaschlachten und fast keine Diplomatie erlebt. Nach den Erfahrungen der Pariser Gipfelkonferenz verbürgt die altherkömmliche Methode des dem Lichte der Öffentlichkeit entzogenen Gesprächs zwischen Männern, die am Schaltebel der Weltpolitik sitzen, mehr Erfolg als Reden, die nur zum Fenster hinaus gehalten werden. Alles in allem: Beide Seiten scheinen gewillt zu sein, nicht Situationen entstehen zu lassen, die sie der Handlungsfreiheit berauben.

Afrika vor einer Ernährungskrise?

Von Bruno Kuster, Genf

Das politische Fieber, das Afrika erfasst hat, fällt mit einer Entwicklung zusammen, welche die Schwierigkeiten dieses Kontinents noch verschärfen dürfte: in einer besonderen Untersuchung über die Lage der Ernährung und der Landwirtschaft Afrikas kommt die FAO (Organisation für Ernährung und Landwirtschaft) zum Schluss, dass die landwirtschaftliche Produktion im Jahre 1959/60 einen leichten Rückgang zu verzeichnen hat, nachdem die Zuwachsraten der vorhergehenden Jahre immer geringer geworden sind. Nach den vorliegenden sehr unvollständigen statistischen Unterlagen scheint die Erzeugung von Lebensmitteln je Einwohner seit drei Jahren unter das schon sehr niedrige Vorkriegsniveau abgesunken zu sein. Allerdings geben die Produktionszahlen noch kein vollständiges Bild von der Ernährungslage, da die Ein- und Ausfuhr dabei nicht berücksichtigt sind.

Tatsächlich hat Afrika in den letzten Jahren die Ausfuhr agrarischer Erzeugnisse mengenmässig bedeutend gesteigert, infolge sinkender Weltmarktpreise aber nur einen geringen Gewinn zu verzeichnen. Auch die Einfuhren nehmen, obwohl sie an und für sich noch recht unbedeutend sind, schnell zu.

Hirse und Sorgho sind die grundlegenden Nahrungsmittel in allen Dürregebieten am Rande der Wüsten Sahara und Kalahari. Mais ist in grossen Gebieten Ost-, Zentral- und Südafrikas, wo reichlichere Niederschläge fallen, stark verbreitet. Weizen und Gerste sind die bevorzugten Nahrungsmittel Nordafrikas, während der Reis die gleiche Rolle in wenig ausgedehnten Gebieten Westafrikas und auf Madagaskar spielt. In den Waldzonen West- und Zentralafrikas werden diese Getreidesorten immer mehr von Maniok, Kartoffeln und anderen Knollenfrüchten verdrängt.

Nach den zur Verfügung stehenden Angaben entwickelte sich die Viehzucht langsamer als der Ackerbau und hielt demzufolge ebenfalls nicht mit der Bevölkerungszunahme Schritt. Man schätzt, dass die Bevölkerung Afrikas im Verlaufe des letzten Jahrzehnts jährlich durchschnittlich um 2,2 Prozent zugenommen hat. Die landwirtschaftliche Erzeugung konnte diesem Tempo knapp folgen, jedoch die Nahrungsmittelproduktion erreicht nur eine durchschnittliche Zuwachsrate von 1,9 Prozent.

Zuverlässige Hinweise auf die tatsächliche Ernährungslage liefern Einzeluntersuchungen an Ort und Stelle. Danach dürfte - mit Ausnahme der

ausgesprochenen Dürregebiete unmittelbar südlich der Sahara, die jährlich vor der Ernte eine Hungersperiode erleben - die Bevölkerung im grossen und ganzen ausreichend mit Kalorien versorgt sein. Jedoch ist die Qualität der Nahrung beinahe in ganz Afrika völlig unbefriedigend. Sie enthält zuwenig tierische Proteine, Vitamine und mineralische Stoffe.

In grundsätzlicher Beziehung ist bemerkenswert, dass sich die afrikanische Landwirtschaft erstaunlich schnell von der Selbstversorgung auf die Kommerzialisierung ihrer Erzeugnisse umstellt. Gerade die grössere Zuwachsrate der für den Export bestimmten Produkte (Kaffee, Kakao, tierische und pflanzliche Fasern, Kautschuk) zum Nachteil der für den inneren Konsum nötigen Lebensmittel scheint einen Hinweis auf die Gründe für den relativen oder gar absoluten Rückgang der Lebensmittelezeugung zu liefern. Wird Afrika seinen Einbau in die Weltwirtschaft mit einer Hungersnot zu bezahlen haben?

+ + +

Stauffenberg-Kreis im Osten

H.G.S. - Am 20. Juli 1944 wurde in der Bendler-Strasse, dem damaligen CKH, der mutige Attentäter des Anschlags auf den "Führer" eines der Hauptrollen der Juli-Verschwörung, Claus Schenk von Stauffenberg, standrechtlich von den Parteigängern der Hitler-Himmler-Clique erschossen. Heute mahnt ein schlichtes Denkmal von Prof. Richard Scheibe im Hof des Blocks, in dem das Blut der ersten Märtyrer der Verschwörung floss, an ihr tragisches Ende und die Bendler-Strasse ist in Stauffenberg-Strasse umbenannt,

Soweit die Nachwirkung der Tat Stauffenbergs in Westberlin.

Viel weitergehend ist aber das freiheitliche Empören des jungen entschlossenen Offiziers aus dem Kreise Stefan Georges, der einst sogar ein begeisterter Anhänger der Hitler-Jugend gewesen sein soll, in Ulbrichts Republik gewesen, wie man in diesen Tagen erfährt.

In der Sowjetzone bildete sich nämlich ein nicht unerheblicher Kreis junger Leute, die in Stauffenberg ihr Vorbild als Kämpfer gegen

7. Januar 1961

die Diktatur sehen. Es sind Studenten vor allem, aber auch junge Arbeiter. Sie alle haben den Krieg und die Tat Stauffenbergs nicht miterlebt, denn sie waren damals noch Kinder, die nichts von ihrer Umwelt verstanden. Einige Angehörige dieses Kreises sind 1958 und 1959 wegen angeblicher Diversantentätigkeit verurteilt worden. Hat man die meisten Mitglieder der Gruppe Wolfgang Harichs bis vor kurzem wieder frei gelassen, bis auf Harich selbst, so sind die Mitglieder dieser anderen jungen Gruppe schärfster Verfolgung ausgesetzt. Denn die jungen Leute wollten zwar den Sozialismus, aber nicht den Kommunismus.

Stauffenberg hatte auch sozialistische und soziale Ideale. So nannten die jungen Leute ihren Kreis in der Ostzone "Stauffenberg-Kreis". Unter diesem Namen werden ihre Anhänger verfolgt. Sie sind bestrebt, die Spaltung Deutschlands durch freie Gespräche und freie Entscheidungen im Sinne einer europäischen Integration zu überwinden, indem "Menschen, denen das Erbe des europäischen Widerstandes gegen Hitler eine Verpflichtung ist, sich zusammenzufinden und zusammenzustehen - über alle gesellschaftlichen, parteilichen und nationalen Schranken hinweg", wie es Stauffenberg und anderen an seiner Seite verschwebte.

Die Gerichte der Sowjetzone haben diesen Kreis, der aber immer noch unterirdisch bestehen soll, besonders hart verfolgt und besonders negativ beurteilt. Es ist immerhin bemerkenswert, dass sich die vor Gericht gestellten jungen Menschen an ihr Ideal Stauffenberg mit der ganzen Kraft ihres jugendlichen Idealismus anlehnten.

Es ist dem Sender Freies Berlin zu danken, dass er erstmals von diesem "Stauffenberg-Kreis" und seinen Leiden für die Freiheit am 1. Februar 1961 mit authentischen Berichten der Öffentlichkeit Kenntnis geben wird.

Grenzstein - kein Stein wie jeder andere

In unserem Zeitalter, da man in Europa enger zusammenrückt, ist es ein leichtes geworden, Grenzen zu überschreiten. Meist genügt ein gültiger Personalausweis, um vom einen Land in das andere hinüberzuwechseln. Grenzsteine und Barrieren haben viel von ihrem trennenden Charakter verloren, obgleich sie natürlich auch weiterhin als Symbol für die nationale Eigenständigkeit eines Landes Gültigkeit besitzen.

Aber wenn es auch heute so einfach ist, ins Ausland zu gelangen, so gibt es doch bei uns im Inland noch Grenzsteine, die eine weit realere Bedeutung haben. Es sind jene Zeichen, die die Grenzen eines Grundstücks bezeichnen. Wer sie mutwillig verletzt, muß damit rechnen, daß er sich einer Strafverfolgung aussetzt. Von altersher hat der Grenzstein eine beinahe heilige Bedeutung als Symbol für die Unverletzlichkeit des Privateigentums. In alten Chroniken ist oft die Rede davon, daß, wer zum Nachteil eines Dritten Grenzsteine verrückte, nach seinem Tode keine Ruhe fand und "umging". Und noch bis in unsere Tage hat sich der Brauch des Grenzgangs erhalten, wobei nachgeprüft wird, ob die einmal festgelegten Grundstücksgrenzen auch eingehalten werden.

Aber die Einhaltung von Grundstücksgrenzen ist nicht so sehr eine Angelegenheit des überlieferten Brauchtums oder des Aberglaubens von "Umgehen nach dem Tode", als eine Sache der Kataster- und Vermessungsverwaltung. In ihren Büchern und Karten sind die genauen Angaben über Lage, Größe und Bezeichnung der einzelnen Flurstücke enthalten. Die Grenzpunkte jeder Parzelle sind durch Grenzsteine kenntlich gemacht. Die Teilung eines Grundstücks ist erst dann gültig, wenn das Katasteramt die neuen Grenzen abgemerkt und eingemessen hat, und die entsprechenden Eintragungen im Grundbuch erfolgt sind. Wenn die Grenzsteine fehlen, schief stehen oder überwuchert sind, kann es zu Unklarheiten über die Grenzverhältnisse kommen. Erst vor kurzem sah sich das Hessische Finanzministerium, dem die Kataster- und Vermessungsverwaltung des Landes Hessen untersteht, veranlasst, vor der vorsätzlichen oder fahrlässigen Veränderung an Grenz- oder Vermessungsmarken zu warnen. Bei der gegenwärtigen Hochkonjunktur im Baugewerbe kommt es nämlich immer häufiger vor, dass bei Erdarbeiten für den Straßenbau, für Kanalisationsanlagen und Versorgungsleitungen Grenzmarken beschädigt, verschüttet oder zerstört werden. Aus diesem Grund wies das Ministerium auf den Schutz dieser Zeichen hin und erklärte nachdrücklich, daß bei der Wiederherstellung hohe Kosten entstehen und daß Verletzung oder Veränderung als Ordnungswidrigkeit betrachtet und entsprechend geahndet werde. In diesen Fällen ist es nicht anständig, einen Grenzstein nach Gutdünken wieder einzusetzen. Deshalb empfahl auch das Ministerium allen Grundeigentümern, die Erdarbeiten zu vergeben haben, den Unternehmern, die die Arbeiten ausführen, ein Merkblatt auszuhändigen, das bei den Katasterämtern erhältlich ist.

Etwas zur gleichen Zeit las man, dass die Bauern in der Sowjetzone aufgefordert werden, als Sinnbild ihrer Kollektivierung die Grenzsteine aus dem Boden zu reißen, um daraus "Denkmale der sozialistischen Gemeinschaft" zu bauen.

Das ist mehr als ein zeitliches Zusammentreffen, das die Systeme in Ost und West kennzeichnet. Drüben, hinter dem Eisernen Vorhang, gibt es keine freien Bauern und kein Privateigentum mehr. Die noch verbliebenen Grenzsteine könnten die Bevölkerung noch an frühere Zeiten erinnern, sie sind deshalb den Machthabern ein Dorn im Auge und müssen beseitigt werden. Im Westen dagegen ist der Grenzstein ein Symbol des Privateigentums, der mit staatlichen Maßnahmen geschützt und erhalten wird.